

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2
Gleichstellungsausschuss
am 21.05.2012
Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Heike Brossat (SPD)

Manuela Werbinsky (SPD)

Bärbel Schmidt (SPD)

Michael Dobrowolski (CDU)

Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Kerl (SPD)

anwesend bis 16.45 Uhr

Marlies Deppe (CDU)

anwesend bis 17.00 Uhr

Claudia Gebhard (CDU)

Heike Schaumann (FDP)

sachkundige Bürger

Bärbel Andernacht (SPD)

Petra Ondrejka-Weber (DIE LINKE.)

Marie-Luise Scheideler (SPD)

Rita Schröder (CDU)

Von der Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV

Frau Langhorst, Gleichstellungsbeauftragte

Gäste und Zuhörer/innen

Frau Unger, Frauenforum im Kreis Unna e.V.

Frau Sträde, Regionalagentur Westfälisches
Ruhrgebiet Dortmund/Kreis Unna/Hamm

Herr Erdmann, Geschäftsführer SPD-Fraktion

Vertreter der Medien

Frau Brossat begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Vor dem Einstieg in die Tagesordnung begrüßt Frau Brossat Frau Sträde und Frau Unger, welche zu verschiedenen Tagesordnungspunkten berichten werden. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

067/12

Frauenforum im Kreis Unna e.V.;

Jahresbericht 2010/2011

Punkt 3

„Teilzeitberufsausbildung: Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“ (TEP);

Bericht von Frau Katja Sträde, Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 4

030/12

Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

Punkt 5

068/12

Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

067/12

Frauenforum im Kreis Unna e.V.;

Jahresbericht 2010/2011

Erörterung

Frau Unger berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist. Der Jahresbericht 2010/2011 des Frauenforums im Kreis Unna e.V. liegt dieser Niederschrift als Anlage 2 bei, da es Änderungen gegeben hat.

Frau Unger informiert darüber, dass das Frauenforum im Januar diesen Jahres 25jähriges Jubiläum gefeiert habe. Sie betont, dass man intern sowie extern sehr gut vernetzt sei. Bei der Präsentation fehle zurzeit noch die Einrichtung „Ambulant Betreutes Wohnen“. Derzeit würden mehr junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren im Frauenhaus aufgenommen. Da junge Frauen unter sich sein wollten, fände eine Akzeptanz anderer dort wohnender Frauen mit Kindern nicht statt. Dieser Trend werde zukünftig beobachtet und entsprechende Reaktionen würden folgen.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss teilt Frau Unger mit, dass die betroffenen Frauen, die das Frauenhaus freiwillig verließen, sich offiziell verabschieden würden. Allerdings habe bisher niemand die Gründe benannt, sondern es sei einfach aus Gesprächen zwischen jüngeren Frauen herausgehört worden. Die Aufenthaltsdauer im Frauenhaus beläufe sich durchschnittlich, d.h. bei jeder 4. Frau, auf drei Monate. Im Anschluss an den dortigen Aufenthalt fänden Frauen mit Kindern in der Regel schneller eine Wohnung als alleinlebende Frauen, auch z.B. aufgrund der Wohnortnähe zur Schule oder Ausbildungsstelle.

Frau Unger antwortet auf eine weitere Nachfrage, dass es eine Zunahme im Bereich der Angehörigengewalt gebe. Ob die jungen Frauen einer Ausbildung nachgingen, eine Schule besuchten oder arbeitslos seien, könne nicht gesagt werden, da es keine Unterscheidung nach Altersgruppen gebe. Für die Frauen sei es durchaus vorteilhaft, statt im Elternhaus im Frauenhaus zu leben, denn dort sei ab 17 Uhr niemand mehr anwesend. Es gebe eine Rufbereitschaft für Zwischenfälle wie z.B. Stress, Streit und/oder Auseinandersetzungen. In dem neuen Haus gebe es den Vorteil des digitalisierten Zugangs, da nicht alle zur gleichen Uhrzeit im Haus sein müssten. Für das Ambulant Betreute Wohnen und die teilstationäre Einrichtung erfolge die Aufnahme mit einem Hilfeplanverfahren in Rücksprache mit dem Landschaftsverband ab dem 21. Lebensjahr. Hier erarbeite man im Vorfeld mit der Klientin einen Hilfeplan, der dann beim

Landschaftsverband eingereicht würde. Dieser treffe nach erfolgter Prüfung eine Entscheidung. Dieses Verfahren werde aktuell verändert. Der Landschaftsverband habe eine Stelle zwischen geschaltet, d.h., das Frauenforum könne neue Fälle nicht mehr selbst beantragen, sondern müsse sich an eine sog. beauftragte Stelle wenden.

Frau Unger teilt mit, dass im letzten Jahr die vierte Personalstelle des Frauenhauses bewilligt wurde, welche vor ein paar Jahren gestrichen worden sei. Diese Stelle wurde aufgeteilt und somit konnten Stellen aufgestockt werden. Sie war und ist der sog. Nachsorge zugeordnet. Insgesamt stünden im Frauenhaus 20 Plätze zur Verfügung.

Zur Einrichtung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle teilt Frau Unger mit, dass die Abnahme der Beratungsgespräche 2011 im Vergleich zum Jahr 2010 mit der Verabschiedung einer Mitarbeiterin in den Ruhestand zusammenhänge. Dadurch seien viele Beratungsverhältnisse beendet worden. Eine weitere Mitarbeiterin sei bereits seit über einem Jahr krank. Eine entsprechende Krankheitsvertretung hätte erst mit Verspätung erfolgen können. Zwischenzeitlich habe sich die Situation entspannt, es gebe wieder vier Mitarbeiterinnen.

Es bestehe die Möglichkeit des Einsatzes von Übersetzerinnen. Das Land unterstütze dies seit dem letzten Jahr finanziell mit 9.000,- € als jährliche Sachkostenpauschale. Diese belaufe sich auf eine jährliche Sachkostenpauschale. Früher habe es diese Unterstützung nicht gegeben, da hätte der Kreis alles bezahlen müssen.

Frau Unger erörtert zur Einrichtung der FrauenÜbernachtungsstelle, dass diese bereits 1984 aufgebaut worden sei und dort aktuell sieben Betten zur Verfügung stünden. Diese Einrichtung wäre im Grunde ständig belegt und zeitweise könne bei einer Vollaustattung keine weitere Frau aufgenommen werden. Dort hielten sich die Frauen ganztägig auf und eine Sozialarbeiterin erarbeite mit den Frauen Zukunftsperspektiven. Zurzeit seien alle sieben Betten plus einem achten Bett belegt. Häufig würden auch Zwangsräumungen zu einem Aufenthalt führen, wobei die Nachfrage über die Ordnungsämter erfolge.

Die Einrichtung Ambulant Betreutes Wohnen existiere seit Februar 2010 und biete sechs Plätze mit einer halben Stelle Sozialarbeiterin. Das Ambulant Betreute Wohnen finde vor Ort in den jeweiligen Wohnungen statt und somit gebe es nur ein Büro. Aktuell seien alle vorhandenen Plätze belegt. Im ersten Jahr habe ein Verlust vorgelegen, aber durch einen neuen Vertrag sei es möglich gewesen, das Defizit aus den Vorjahren in den Folgejahren zu verrechnen und in einen neuen Tagessatz einzuweisen. Mit Spendenmitteln würden zweckgebundene bestimmte Aufgaben finanziert, wie z.B. Spielplatz, Bewegungsraum.

Frau Unger teilt mit, dass eine Mitarbeiterin im Bereich Qualitätsmanagement nach der Beendigung einer Schulung nun eine sog. zertifizierte Qualitätsmanagementbeauftragte sei. Es gebe auch durchaus schon Geldgeber auf Landesebene, die eine Mitteilung darüber wünschen, wie die Qualität der Arbeit und die Ergebnisse gesichert würden. Aus jeder Einrichtung stünde der zertifizierten Qualitätsmanagementbeauftragten eine Mitarbeiterin zur Verfügung. So würden die Abläufe und Übergänge zu den einzelnen Einrichtungen betrachtet. Des Weiteren habe man sich aus der Förderung von EU-Mitteln eine Sozialberatung bewilligen lassen. Diese habe 2010 begonnen und sei bereits abgeschlossen. Hier

werde nun an einer Umsetzung gearbeitet.

Auf Anregung von Herrn Bangert bezüglich der Tabelle auf Seite 27 des Jahresberichts, dass die Abschlüsse bei allen Schulen differenzierter angeführt werden sollten, z.B. bei den Sonderschulen/Förderschulen, antwortet Frau Unger, dass zukünftig eine detaillierte Auflistung erfolge.

Frau Wentzek verweist in Bezug auf die im Laufe der Sitzung angesprochenen Beratungen zur gezielten Erhaltung von Beziehungen auf die 40jährige Tradition der Katholischen und Evangelischen Beratungsstellen. Es gebe auch durchaus Kommunen, die diese Beratungen finanzieren würden.

Frau Wentzek richtet die Frage an die Verwaltung, wo die Abgrenzung zwischen der normalen Bezirkssozialarbeit für Männer zum Beispiel und früher auch für Frauen und dem was zurzeit „Ambulant Betreutes Wohnen für Frauen“ oder „Frauenräume für alleinlebende Frauen“ heiße, liege. Des Weiteren fragt Frau Wentzek nach, ob Männer mit den gleichen biografischen Krisen auch eine Kontaktstelle hätten.

Herr Hahn antwortet, dass sich das Frauenforum auch mit Jungen bis zu einem Alter von 14 Jahren befasse. Darüber hinaus stehe als Ansprechpartner für Jugendliche und auch für Männer der Kinderschutzbund zur Verfügung. An wen sich Männer wenden können, die Gewalt erfahren, könne Herr Hahn spontan nicht beantworten. Es gebe hier die Wohlfahrtsverbände, die Allgemeinen Sozialdienste der Jugendämter, denn wenn Männer Gewalt erfahren würden, stecke meistens ein familiäres Problem dahinter, genauso wie es bei Frauen der Fall sei.

Frau Unger teilt mit, dass es durchaus Einrichtungen gebe, die Männer unterstützten und das gesamte Verfahren sei dasselbe. Die Einrichtungen, die Ambulant Betreutes Wohnen anböten, seien im Kreis Unna die Caritas und die Diakonie. Diese würden sich genauso wie mit Frauen, auch mit Männern beschäftigen.

Des Weiteren führt Frau Unger zu dem Hinweis von Frau Wentzek an, dass die Katholischen und Evangelischen Beratungsstellen dort bekannt seien und bei den Überlegungen zu einem neuen Konzept evtl. auch an andere Beratungsstellen herangetreten werden solle, da alle Aufgaben nicht alleine zu bewältigen seien.

Frau Unger verlässt im Anschluss an ihren Vortrag die Sitzung.

Der vom Frauenforum im Kreis Unna e.V. vorgelegte und als Anlage beigefügte Jahresbericht 2010/2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3

„Teilzeitberufsausbildung: Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“ (TEP);
Bericht von Frau Katja Sträde, Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Frau Sträde berichtet anhand von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt sind. Sie teilt mit, dass sich die Regionalagentur u.a. darum kümmern würde, dass die Arbeitsmarktpolitik umgesetzt werde. Um eine Teilzeitberufsausbildung durchführen zu können, müsse zunächst einmal die Bereitschaft des jeweiligen Arbeitgebers vorliegen, in Teilzeit ausbilden zu wollen. Hier sei die Bereitschaft zurzeit noch sehr

verhalten, weil die Stundenanzahl der im Betrieb abzuleistenden Arbeitszeit sehr gering und teilweise auch stark gestückelt werde. Die Arbeitgeber, die dieser Form zustimmen, führen damit aber sehr gut. Überwiegend würden Frauen in einer Teilzeitberufsausbildung arbeiten.

Im Anschluss beantwortet Frau Sträde Verständnisfragen aus dem Ausschuss.

Frau Brossat begrüßt dieses Projekt. Für viele Jugendliche sei es sowieso sehr schwer, eine Ausbildungsstelle zu finden und dies sei eine gute Chance. Für die Personen die einer Vollzeitausbildung nachgehen, sollte allerdings kein Nachteil entstehen. Obwohl die Personen aus der Teilzeitberufsausbildung sich weiterhin um ihre Familien und den Haushalt kümmern müssten, könne bei den anderen Mitschülerinnen und Mitschülern der Eindruck entstehen, dass sie mehr arbeiten müssten.

Frau Sträde verlässt im Anschluss an ihren Vortrag die Sitzung.

Punkt 4

030/12

Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

Erörterung

Herr Hahn führt aus, dass es sich hierbei um einen eindrucksvollen Bericht handele, welcher die Notwendigkeit des Kinderschutzbundes sehr deutlich belege. Wenn der Kinderschutzbund jährlich 300 bis 400 Kinder, die von Mißbrauch betroffen seien, zur Kenntnis nehme und jährlich 3.000 bis 4.000 telefonische Anfragen aus dem Kreis Unna abarbeite, dann mache dies deutlich, dass der Kinderschutzbund mehr als nur ein Helfer in der Jugendhilfe sei. Der Kinderschutzbund entlaste die öffentliche Jugendhilfe. Dieser Bericht sei auch bereits im März im Jugendhilfeausschuss behandelt worden, werde aber am 23.05.2012 erneut im Jugendhilfeausschuss mit einer roten Vorlage thematisiert. Der Kreistag habe bereits im Dezember 2011 einen Antrag mehrerer Fraktionen zur Kenntnis genommen, der darauf zielte, dass dem Kinderschutzbund 30.000,- € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Kreistag hatte einen Sperrvermerk festgelegt und die Bürgermeisterkonferenz vom 28.03.2012 hätte sich einstimmig für die Freigabe des Sperrvermerkes ausgesprochen. Nun solle am 26.06.2012 eine endgültige Entscheidung im Kreistag getroffen werden. Begründend teilt Herr Hahn mit, dass sowohl auf den Kinderschutzbund als auch auf die öffentliche Jugendhilfe durch das neue Bundeskinderschutzgesetz zusätzliche Aufgaben zukämen. Diese würden letztlich darin gipfeln, dass flächendeckend verbindliche Strukturen in freier und öffentlicher Jugendhilfe geschaffen werden müssten. Hier sei der Kinderschutzbund ein sehr verlässlicher Partner. Herr Hahn verweist auf die Presseartikel, die in letzter Zeit zu lesen gewesen seien. Eine zusätzliche Begründung, dass dem Kinderschutzbund der Sperrvermerk genommen werde und 30.000,- € in diesem Jahr zur Auszahlung gebracht würden, liege auch darin, dass der Kinderschutzbund im Kinderschutz erfahrenen Fachkräfte ausbilde. Dort gebe es eine Mitarbeiterin, die sich kreisweit darum bemühe, dass in Organisationen und Wohlfahrtsverbänden Personen ausgebildet würden, die kinderschutzerfahren seien. So könne den Hilfesuchenden eine entsprechende Unterstützung zu Teil werden. Das Kreisjugendamt befürworte den Wegfall des Sperrvermerkes, denn gerade Sparen im Kinderschutz könne auf Sicht teuer werden.

Auf Nachfrage von Frau Wentzek, warum kein Leistungsvertrag mit dem Träger abgeschlossen würde, teilt Herr Hahn mit, dass zurzeit ein politisches Votum umzusetzen sei, welches sich lediglich auf das Jahr 2012 beziehe, wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den politischen Beratungen für 2013 ein anderes Ziel anstrebe, dann müsse dies entsprechend formuliert und in die Beratungen eingebracht werden. Die Verwaltung könne nur die fachliche Seite beurteilen.

Der Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V. wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

068/12

Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“

Erörterung

Frau Langhorst teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass das Programm bei der Gleichstellungsbeauftragten angesiedelt sei. Es werde durch die Koordinierungsstelle Frau und Beruf unterstützt in Person von Frau Katja Sträde bzw. Frau Anke Jauer. Schirmherr des Programmes sei Herr Landrat Michael Makilolla. Zurzeit werde daran gearbeitet, die zehn für das Programm erforderlichen Unternehmen zusammen zu bekommen. Dies gestalte sich als nicht einfach. Die Öffentlichkeit sei über das Programm durch verschiedene Presseauftritte informiert und zu Bewerbungen aufgerufen worden. Allerdings habe Frau Langhorst über diesen Weg keine Bewerbung erreicht und somit sei man über Schnittstellen und Netzwerke persönlich an Unternehmen herangetreten. Zwischenzeitlich habe man einige Unternehmen gewinnen können. Aus Bönen die GEA Farm Technologies GmbH, ein Unternehmen aus dem Maschinenbau mit ca. 700 Mitarbeitern. Des Weiteren seien als kommunales Unternehmen, eine Voraussetzung zur Teilnahme an dem Programm - die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen, als Versorgungsunternehmen mit ca. 180 Mitarbeitern, das Katharinen-Hospital aus dem Bereich des Gesundheitswesens für die Stadt Unna und das Ringhotel Katharinen Hof, auch für den Bereich Unna, angeworben worden. Schwerte sei weiterhin ein Sorgenkind. Man hoffe, auch ein Unternehmen aus Schwerte gewinnen zu können.

Frau Langhorst führt aus, dass die Auftaktveranstaltung zu diesem Programm am 12.07.2012 stattfände und am gleichen Tag der erste „Runde Tisch“ veranstaltet würde. Beteiligte am „Runden Tisch“ seien die Unternehmen, der Landrat, die Gleichstellungsbeauftragte und weitere Akteure aus dem Bereich Politik und Wirtschaft. Akteure seien u.a. die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Bundesagentur für Arbeit sowie das Bündnis für Familie.

Des Weiteren teilt Frau Langhorst mit, dass zwischenzeitlich eine Internetseite freigeschaltet worden und diese unter dem Link www.regionale-buendnisse.de zu erreichen sei. Dort könnten die aktuellen Aktivitäten und Schritte verfolgt werden. Bei der Projektträgerin, der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF) handele es sich um eine unabhängige, gemeinnützige Organisation, welche seit 1996 die Wirtschaft, Politik und Wissenschaft in den Bereichen Chancengleichheit, Diversity Management und Work-Life-Balance berate und entsprechende Studien durchgeführt habe und durchführe.

Sie, so Frau Werbinsky, freue sich, dass der Kreis Unna ausgewählt worden sei und bedanke sich bei Frau Langhorst für die intensive Arbeit, da sie bisher sehr viel Zeit und Engagement in dieses Projekt gesteckt habe.

Frau Schaumann erklärt, dass sie sich ebenfalls über die Teilnahme des Kreises Unna freue, wolle aber die späte Bekanntgabe des Projektes seitens des Bundesministeriums kritisch anmerken.

Frau Langhorst führt aus, dass sie erst vier Tage vor Bewerbungsschluss über den regulären Postweg informiert worden wäre. Über Informationen der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und der WFG habe sie jedoch glücklicherweise ca. zweieinhalb Wochen vor Mitteilung des Bundesministeriums Kenntnis erhalten. Eine kurzfristige Bewerbung sei nur unter Beteiligung und mit Unterstützung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet in Person von Frau Katja Sträde sowie Herrn André Deutschmann möglich gewesen.

Frau Langhorst teilt mit, dass die Auswahl des Kreises Unna für das Programm u.a. auf die gute Vernetzung des Kreises Unna zurückzuführen sei.

Abschließend bedankt sich Frau Langhorst bei dem Ausschuss für die gute Zusammenarbeit und teilt mit, dass im Juli diesen Jahres Frau Ersan aus der Elternzeit zurückkäme und die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten für den Kreis Unna wieder übernehmen werde.

Der Gleichstellungsausschuss nimmt das Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ zur Kenntnis.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 17.40 Uhr

Anlagen

1. Folienpräsentation „Frauen Forum“
2. Frauen Forum im Kreis Unna e.V. - Jahresbericht 2010/2011
3. Folienpräsentation „Teilzeitberufsausbildung“

Brossat

Scholz

